

**Ausschuss für Berufliche Bildung der Deputation für Bildung**

**Ergebnisvermerk über die 7. Sitzung**

18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2014

Sitzungstag 05.09.2013	Sitzungsbeginn 15:00 Uhr	Sitzungsende 17:00 Uhr	Sitzungsort: Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Raum 122 Rembertiring 8-12, 28195 Bremen
---------------------------	-----------------------------	---------------------------	---

**Teilnehmer/innen:**

siehe anliegende Anwesenheitsliste

**Tagesordnung:**

**TOP 1:** Feststellen der Tagesordnung

**TOP 2:** Genehmigung des Vermerks über die 6. Sitzung am 30.05.2013

**TOP 3:** Änderung des Sitzungsortes für die Ausschusssitzung am 31. Oktober 2013

**TOP 4:** Bericht und Aussprache über die Antwort des Senats zur Großen Anfrage Bündnis 90/Die Grünen zur Werkschule

**TOP 5:** Bericht über das Projekt: „Vorbereitung auf die Externenprüfung als Nachqualifizierung“

**TOP 6:** Auswirkungen der Budgettierung auf die Lehrerversorgung

**TOP 7:** Verschiedenes

Frau von Ilsemann übernimmt die Sitzungsleitung, weil Herr Staatsrat Kück verhindert ist.

**Zu TOP 1: Feststellen der Tagesordnung**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

**Zu TOP 2: Genehmigung des Vermerks über die 6. Sitzung am 30.05.2013**

Es gibt keine Veränderungen am vorgelegten Protokoll.

**Zu TOP 3: Änderung des Sitzungsortes für die Ausschusssitzung am 31. Oktober 2013**

Auf Wunsch aus dem Kreis der Deputierten soll die Sitzung am 31.10.2013 in der Allgemeineinen Berufsschule am Steffensweg stattfinden.

**Zu TOP 4: Bericht und Aussprache über die Antwort des Senats zur Großen Anfrage Bündnis 90/Die Grünen zur Werkschule**

Bezug: Anlage der Einladung Drucksache 18/907 vom 14.05.2013

Herr Tönißen, der in Bremerhaven u. a. für die Werkstattschule zuständig ist, berichtet über deren Arbeit und erläutert die Unterschiede zum Modell der Werkschule in Bremen, über das in der Antwort des Senats berichtet wurde.

Die Werkstattschule ist aus der 1999 gegründeten Produktionsschule hervorgegangen. Sie richtete sich an Schülerinnen und Schüler (SuS), die im allgemeinbildenden Schulsystem keinen Abschluss erlangen konnten. Mit der Änderung des Schulgesetzes 2009 stellte sich die Frage, wie es in Bremerhaven weitergehen kann. Bremerhaven nutzt die Werkstattschule seit dem als schulersetzenende Maßnahme. Nach einem Gutachten von Prof. Spöttl (ITB Bremen) soll ein Begutachtungsverfahren eines interdisziplinären Teams sicherstellen, dass nur SuS aufgenommen werden, die keine Chance auf einen erfolgreichen Abschluss im Regelsystem besitzen. Die SuS werden von einem multiprofessionellen Team aus Lehrkräften, Sozialpädagogen, Handwerkern und Therapeuten beschult und betreut. Die Werkstattschule ist quasi Auftragnehmerin des ReBUZ.

Die Werkstattschule bietet folgende Angebote an:

**Zeitraum**

richtet sich an SuS der Klassen 5-8, die wegen schwerer Verhaltensauffälligkeiten trotz sozialpädagogischer Unterstützung nicht im Regelsystem beschult werden können. Ziel ist die Reintegration in die Herkunftsschule

**nach 8**

ist als schulersetzenende Maßnahme für SuS konzipiert, die keinen Abschluss im Regelsystem erreichen können (ca. 30 Plätze). Ziel ist die Überführung in die Berufsfeldorientierungskurse

**Berufsfeldorientierungskurse**

die Berufsfeldorientierungskurse bieten ein breites Spektrum verschiedener Maßnahmen an. Schips (einjährig, ein Schultag, vier Tage im Betrieb) soll in Ausbildung führen und ermöglicht auch den Erwerb des nächst höheren Schulabschlusses.

Produktionsschulkurse: Die SuS arbeiten in der Werkstattschule und außerhalb unter Anleitung von Handwerkern. Die praktische Tätigkeit wird durch einen Theorietag in der Schule ergänzt. Zusätzlich bietet die Werkstattschule Projekte für junge Mütter und Migranten an.

In der anschließenden Diskussion betonte Herr Tönißen, dass die Umsetzung in Bremerhaven keine Werkschule im Sinne des Schulgesetzes sei. Frau von Ilseman betonte, dass diejenigen SuS, die die Werkstattschule als schulersetzenende Maßnahme nutzen, in Bremen in der Fritz-Gansberg-Str. beschult würden. Darüber hinaus sollten vergleichbare Maßnahmen wie z.B. "Zeitraum" jeweils unter der Federführung des ReBUZ durchgeführt werden.

Frau Bösch und auch Frau Schön griffen noch einmal auf, dass Maßnahmen frühzeitig, also früher als bisher, ergriffen werden sollten. Zudem solle man SuS Lernerfolge ermöglichen, die motivierend wirken. Da die Fächer zunehmend kognitiv ausgerichtet seien, verlören Fächer wie Werken, Musik und Arbeitslehre an Stellenwert. Gerade in diesen Fächern könnten lernschwächere SuS aber Erfolge erzielen. Frau von Ilseman betonte, dass die Unterstützung der Lehrkräfte wichtig ist, damit die Lehrkräfte sich besser den Herausforderungen der Differenzierung und der Herausbildung von Profilen in den Oberschulen stellen können.

Herr Tönißen ging noch einmal auf die besondere Situation Bremerhavens ein. Der gewünschten Reduzierung der Warteschleifen des Übergangssystems steht die Ausbildungsplatzsituation in Bremerhaven gegenüber. Es gibt rechnerisch nur 0,6 Ausbildungsplätze je SuS. Zudem gibt es noch eine Bugwelle derjenigen, die sich im

Übergangssystem befinden. Die Berufsfachschule müsse stärker an die fachlichen Bedarfe der Ausbildungsbetriebe angepasst werden. Zudem sei gerade für junge Frauen die Situation problematisch: Berufe in Pflege und Gesundheit erfordern häufig den mittleren Schulabschluss.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Bericht von Herrn Tönißen nach Aussprache zur Kenntnis.

### **Zu TOP 5: Bericht über das Projekt: „Vorbereitung auf die Externenprüfung als Nachqualifizierung“**

Frau Zaremba berichtet, dass der Zugang zu anerkannten Berufsqualifikationen zu den zentralen Herausforderungen der Standortpolitik gehöre. Die Partner der „Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ haben sich in der fünften Verabredung darauf verständigt, Personen, die keinen Berufsabschluss erlangt haben, sondern ungelernt in Arbeit gegangen sind, den Weg zu einem Berufsabschluss zu ebnen. Ziel soll es sein, die Möglichkeiten zu nutzen, die im Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung verankert sind. Wer eine einschlägige fünfjährige Berufstätigkeit nachweisen kann, hat die Möglichkeit die „Externenprüfung“ abzulegen. In Bremen haben 13% der Beschäftigten keinen Berufsabschluss. Bei den Arbeitslosen betrug der Anteil ohne Berufsabschluss (Stand August 2012) 61 %.

Um die fünfte Verabredung mit Leben zu erfüllen, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein:

#### **1. Die Zielgruppe muss präzise bestimmt werden**

In den Jobcentern und der Agentur für Arbeit müssen die Arbeitsbiographien von ca. 5.400 Personen ausgewertet werden, um herauszufiltern, wer für die Externenprüfung in Frage kommt. Dazu müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachqualifiziert werden und es ist erforderlich, die Verantwortlichen der Kammern einzubinden.

#### **2. Der Erfolg hängt von einer passgenauen Unterstützung ab**

Im Netzwerk „Bremer Nachqualifizierung“ haben sich Anbieter der Nachqualifizierung mit den Kammern zusammengeschlossen, um diese Hilfen zu gewährleisten

#### **3. Eine enge und verlässliche Zusammenarbeit ist erforderlich**

Folgende Arbeitsschritte sind vereinbar. A) Screening potentieller TN, b) Einzel oder Gruppengespräche mit den TN, c) Feststellung von beruflichen Vorerfahrungen und Kompetenzen, d) Unterstützung bei der Entscheidung für die Prüfung und Vorbereitung der Prüfung, e) Ablegung der Prüfung

Das Projekt ist im Februar 2013 gestartet, als Zielzahl sind 100 Personen über zwei Jahre angedacht. Die Maßnahme soll mit Mitteln aus dem ESF gefördert werden.

In der Diskussion wurde deutlich, dass ein anderes Profiling als bei der Arbeitsvermittlung erforderlich ist. Zudem muss darüber nachgedacht werden, wie Wartezeiten eventuell durch eine Vermittlung in betriebliche Beschäftigung überbrückt werden können.

### **Zu TOP 6: Auswirkungen der Budgetierung auf die Lehrerversorgung**

Herr Langkau fasst die Inhalte der Vorlage Nr. 3 zusammen.

Bei der Beantwortung von Nachfragen wurde deutlich, dass die „Stauchung“ nur bei der Personalversorgung in den berufsbildenden Schulen erfolgt. Die Personalversorgung muss grundsätzlich an die Haushaltsvorgaben angepasst werden. Die „Stauchung“ ist eine prozentuale Budgetreduzierung, für die allgemeinbildenden Schulen erfolgt die Anpassung vorab durch gezielte Kürzungen. Angestrebt wird ein höheres Maß an Eigenverantwortung und auch Verlässlichkeit, damit längerfristig geplant werden kann.

**Zu TOP 7: Verschiedenes**

- Herr Friedrichs vom Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen im Land Bremen regt in seiner Tischvorlage (Anlage zum Protokoll) an, dass ein Kataster der verschieden „Ausbildungsbörsen erstellt wird. Nach Aussagen von Frau Seevers liegt eine derartige Übersicht vor, sie werde prüfen, ob weitere Schritte erforderlich sind.
- Für die Sitzung am 31.10.2013 wird um einen Bericht über den Sachstand zum Thema Jugendberufsagentur gebeten.
- Frau Schön hat angeregt, dass der Zeitaufwand für Berichterstattungen im Ausschuss begrenzt werden solle. Sie wünscht sich eine längerfristige Planung der TO, damit auch von den Deputierten gewünschte Themen bearbeitet werden und Zeit für die Entscheidung von Vorlagen bleibt.

gez. Cornelia von Ilse  
Vorsitzende

gez. Sybille Bösch  
Sprecherin

gez. Bernhard Langkau  
Protokollführer

Anlagen

Anwesenheitsliste

Schreiben des VLB vom 05.09.2013 zum TOP Verschiedenes



Verband der Lehrerinnen und Lehrer  
an beruflichen Schulen im Land  
Bremen e.V.

VLB-LV Bremen, Hamburger Str. 243, 28205 Bremen

Anlage TOP Verschiedenes

Bremen, 05.09.13

## Ausbildungsbörsen

Sehr geehrte Damen und Herren,

neben den „klassischen“ Instrumente der Ausbildungsberatung (Kammer, Arbeitsagentur) ist in den letzten Jahren eine Zunahme sog. "**Ausbildungsbörsen**" zu beobachten. Die Anbieter sind vielfältig, z.B.:

- Arbeitsagentur
- allgemein bildende Schulen
- berufliche Schulen
- freie Anbieter (Weserpark, Auto-Weller)
- BLG Forum

Durch dieses vermehrte Auftreten kommt es durch räumlicher, zeitlicher und inhaltlicher Nähe bei diesen Veranstaltungen zu „Kannibalisierungseffekten“.

Der VLB schlägt vor, ein Kataster der verschiedenen Ausbildungsbörsen zu erstellen, sie auszuwerten und ggfs. Lenkungsinstrumente von Seiten der Politik, der Kammer und der Bildungsbehörde zu entwickeln

Mit freundlichen Grüßen

VLB-LV Bremen e.V.  
Eckhard Friedrichs, LV-Vorsitzender